

Kreistagssitzung 18.12.2017

Redebeitrag zur Verabschiedung des Haushalts 2018

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Anwesende,
sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel.

Bei Ihrem Amtsantritt hatten Sie deutlich gemacht, dass Sie mit wenig voranbringenden Ritualen brechen wollen - und wir Grünen haben uns gerne in den frischen Wind gestellt. Besonders gefreut haben wir uns unter anderem über ihre Ankündigung, dem unseligen jährlichen Gefeiße um die Kreisumlage ein Ende zu machen. Nicht nur wir haben begrüßt, dass Sie mit großer Transparenz und Klarheit zu einem neuen Verfahren gekommen sind.

Doch leider droht nun schon beim dritten Haushalt der Rückfall in die abgestandene Luft aus alten Zeiten. Am 13. November haben Sie eine Senkung der Kreisumlage um einen vollen Prozentpunkt auf 35,6 vorgeschlagen. Dies, obwohl neue Belastungen hinzugekommen sind, etwa beim Unterhaltsvorschuss oder beim Integrationsmanagement inklusive Sozialarbeit.

Wie üblich gab es seitdem einige Änderungen. Im Saldo eine Verbesserung um 355.000 Euro. Dies ist aus unserer Sicht kein Betrag, der eine Verringerung des von der Verwaltung genannten Kreisumlagesatzes um 0,2 Prozentpunkte rechtfertigt.

Wir halten dies aus 3 Gründen nicht für angezeigt:

1. Im Sozialhaushalt stecken weiterhin erhebliche Risiken, genannt seien hier nur die Zusatzbelastungen aus dem Bundesteilhabegesetz oder dem Pflegestärkungsgesetz sowie die Unsicherheiten bei der Spitzabrechnung der Unterbringungskosten für Flüchtlinge. Und wer weiß heute, welche künftige Bundesregierung in welchen Vertrag welche Beschlüsse hineinschreibt?
2. Die Verschuldung des Rems-Murr-Kreises befindet sich immer noch im Spitzenfeld in Baden-Württemberg. Unser aller Ziel sollte daher ein zügiger Schuldenabbau sein, und zwar solange die Steuern noch sprudeln. Langfristig gedacht auch zum Wohle der Kommunen und zur Senkung der Kreisumlage in finanziell schlechteren Zeiten.
3. Die neue Kultur bei der Ermittlung und Festsetzung des Kreisumlagehebesatzes wäre schon nach 2 Jahren am Ende. Das finden wir sehr schade. Wir würden gerne sehen, dass die Initiative unseres Landrates dauerhaft beibehalten wird und wir alle unsere Energien auf Sachthemen umlenken können.

Wir beantragen hiermit die Beibehaltung des vorgeschlagenen Kreisumlagehebesatzes von 35,6% und damit die Reduzierung der Nettokreditaufnahme um 1,2 Millionen Euro.

Gut ausgebildete Menschen sind die beste Basis für den wirtschaftlichen Erfolg des Rems-Murr-Kreises. Unsere Kreisberufsschulen leisten hier sehr gute Arbeit. Die Bildungsangebote insgesamt sind zukunftsweisend und immer am Puls der Zeit. So baut die Gewerbliche Schule Backnang im Rahmen eines Erasmus-Projektes das neue Profil Elektromobilität auf. Fachkräfte werden in diesem Bereich dringend gesucht.

Viele Experten sind sich einig, dass der E-Mobilität bei der Luftschadstoffminderung eine wichtige Rolle zukommt. Das Auto der Zukunft fährt leise und tatsächlich emissionsarm. Mit neuen Mobilitätskonzepten werden langfristig auch weniger Fahrzeuge auf der Straße sein. Bei aller Freiheit, die die individualisierte Mobilität ermöglicht, kann eine gesunde Zukunft für Mensch und Tier, für Klima und Natur nur darin liegen, dass mehr Wege mit dem ÖPNV, zu Fuß oder mit dem Rad zurückgelegt werden. Im Hinblick auf den Klimawandel müssen wir das Bewusstsein und die Infrastruktur hierfür noch schneller verbessern. In diesem Sinne wollen wir unseren Antrag auf ein Konzept zur Verbesserung des Modal Split verstanden wissen.

Leider ist der Ausbau regenerativer Energieerzeugung im Rems-Murr-Kreis ins Stocken geraten. Dabei vollzieht sich zurzeit in der Wirtschaft ein weiterer rasanter Wandel, durch den der Stromverbrauch weiter steigen wird. Die Herausforderungen, die von Industrie 4.0 ausgehen, beinhalten Chancen, aber auch Risiken. Die Chancen von Digitalisierung und Automatisierung sind: Wir gewinnen neue Freiräume. Viele Menschen arbeiten mittlerweile unabhängig von Raum und Zeit. Das hilft, Familie und Beruf besser zu vereinbaren und erspart den Menschen auch Wege.

Auch in der Verwaltung ist vieles im Wandel, auch hierzu zwei Anträge. Wir stimmen drei Stellen zu, die die Verwaltung aus dem KW-Vermerk nehmen möchte – Raumplanung, Personalarbeit und Brandschutz. Die restlichen 10 KW-Stellen müssen aber den Vermerk beibehalten – sie waren seinerzeit einzig mit dem hohen Zuzug von geflüchteten Menschen begründet. Einer Anhebung der Stellenleitung Dezernat 4 + 5 können wir nicht zustimmen. Für Dezernat 5 liegt eine Bewertung nach A16 vor und das Dezernat 4 wird laut Organigramm vom Ersten Landesbeamten geleitet. Sollten sich im Laufe des Jahres 2018 Veränderungen in der Organisation ergeben, kann dies selbstverständlich neu überdacht werden. Letztendlich ist nicht nur das Gehalt das Entscheidungsmerkmal, sondern auch das Umfeld, das den Kreis zu einem attraktiven Arbeitgeber macht. Auch hier ist die Verwaltung mit der Führungsoffensive auf einem guten Weg.

Damit auch bei diesem Wandel die Chancen stärker zu Buche schlagen als die Risiken sind wir als Verwaltung und Politik aufgerufen, auch im neuen Jahr entschieden zu handeln und vertrauensvoll zusammen zu arbeiten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!